Die Welt im Radio

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Film und Radio mit Fernsehen**

Band (Jahr): **17 (1965)**

Heft 8

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

UNBEFRIEDIGENDE DISKUSSION UEBER DIE AUFHEBUNG DES JESUITENARTIKELS AM RADIO BERO - MUENSTER (Fortsetzung)

IV.

Prof. Huber fuhr fort: "Aber es bleibt eine Frage übrig über die Praxis der Kirchen bei den gemischten Ehen. Es scheint da besonders in den gemischten Gegenden einiger Unwille zu bestehen, und ich glaube, man kann das hier nicht fertig ergründen, aber unsere katholischen Gesprächspartner werden dies vielleicht einfach zur Kenntnis nehmen. Ganz ähnlich ist es auch mit der Glaubensfreiheit am 2. Vatikanischen Konzil. Die Art und Weise, wie das am Ende der letzten Session noch behandelt und verschoben wurde, hat bei einigen Leuten Misstrauen erweckt. Es ist noch nicht so ganz die Ueberzeugung da, dass die Religionsfreiheit, dass dieser Wandel endgültig obsiegen werde, und erst die vierte Session des Konzils wird darüber Aufschluss geben. Ich bin nicht so pessimistisch persönlich, aber ich will nur tatsächlich feststellen, dass es noch Leute gibt, die da ein Misstrauen bewahrt haben".

Es ist einmal mehr deutlich sichtbar, wie wenig Kontakt mit breiteren Schichten Universitätsprofessoren besitzen, sonst würde er sich wahrscheinlich nicht so sanft geäussert haben. Es herrscht nicht nur "einiger Unwille" in gemischten Gegenden über die katholische Eherechtspraxis, sondern Erregung und die Entschlossenheit, das nicht mehr länger hinzunehmen. "Gemischte Gegenden" sind ausserdem praktisch fast alle Gebiete der Schweiz, nachdem sich die Konfessionen immer stärker mischen, und Zürich zum Beispiel zur grössten katholischen Ansammlung der Schweiz geworden ist. Auch scheint Prof. Huber anscheinend nicht orientiert über die schwerwiegenden und verletzenden Aenderungen am ökumenischen Dekret der letzten Konzilssession, in welchem zum Beispiel das Wirken des Hl. Geistes im Protestantismus abgelehnt wird. Die Verschiebung des Dekretes über die Religionsfreiheit hat dagegen mehr in fortschrittlichen katholischen Kreisen Aufregung verursacht als in protestantischen, die ruhig abwarten können. Damit sind auch zum Teil die nachfolgenden Aeusserungen von Dr. Theobaldi widerlegt, der vom katholischen Gesichtspunkt aus ausführte:

"Ich bin froh, dass Herr Huber bereits darauf hingewiesen hat, dass die Gefahr, dass zahlreiche Privatschulen neu entstehen werden unter Leitung von Jesuiten, eigentlich doch nicht besteht. Ich sehe gar keine Möglichkeit dazu. Man darf nicht vergessen, dass hier auf katholischer Seite dort, wo am ehesten Jesuiten-Schulen in Frage kämen, bereits der Bedarf gedeckt ist. Aber wenn auch die eine oder andere Schule einmal käme, wäre das nicht gefährlich, denn auch sie würde den gesetzlichen Bestimmungen unterstehen, die jetzt schon für alle Privatschulen gelten. Die Gefahr scheint mir sehr klein zu sein. Wir müssen uns auch fragen: ist es wirklich richtig, wenn man auf reformierter Seite als Kompensation für die Wiedergutmachung eines Unrechts Gegenleistung verlangt? Ich glaube nicht, dass das in Ordnung wäre. Schauen wir uns die Frage ganz nüchtern an. Ich weiss, dass hier Befürchtungen bestehen. Aber gerade die Befürchtungen, die Herr Huber eben erwähnt hat, treffen in keiner Weise zu. Er hat das Dekret über die Glaubensfreiheit am Konzil erwähnt und darauf hingewiesen, es seien Befürchtungen erhoben worden, weil es verschoben worden ist. Genau die gleichen Befürchtungen wurden bei der vorletzten Session auch geäussert wegen der Judenerklärung. Und nun hat sich gezeigt, dass die Verschiebung auf die 3. Session ganz ausserordentlich gut getan hat. Die neue Erklärung über die Juden und die nicht christlichen Religionen ist ganz hervorragend ausgefallen, in einem wirklich aufgeschlossenen Geist. (Die Juden sind etwas anderer Meinung, Red.). Ich zweifle nicht daran, dass es ähnlich sein wird in Bezug auf die Erklärung über die Glaubens-und Religionsfreiheit. Hier ist die Vorlage sehr weit gediehen. Und sie verlangt nun sehr viel. Es besteht keinerlei Gefahr, dass die Mehrheit der Konzilsväter diese Vorlage ablehnen oder auch nur wenig verschlechtern wird (Und der Papst, der das Dekret über den Oekumenismus entscheidend über den Kopf der Konzilsmehrheit hinweg verschlechterte? Red.) Wenn beispielsweise der Jesuitenpater Cavalli in Rom in der "Civiltà cattolica" nun einen Standpunkt einnimmt, den wir mit aller Schärfe ablehnen, die Jesuiten in der Schweiz, darf man doch nicht einfach sagen, "das ist ein Jesuit, der das gesagt hat". Das ist ein Italiener, der das gesagt hat, bitte! Oder wenn ein Spanier einen Standpunkt vertritt, den wir nicht teilen, soll man nicht immer den Orden dafür verantwortlich machen. Man sehe einmal unsere Schweizer Jesuiten an! Sie waren es, die sofort die unhaltbaren Auffassungen von P. Cavalli zurückgewiesen haben. Und gerade heute habe ich einen Bericht der "Civiltà cattolica" gelesen, der darauf aufmerksam macht, dass heute die Situation ganz anders ist, dass man heute im Konzil nicht mehr redet von Rückkehr zur katholischen Kirche, dass man nicht mehr redet von Ketzern, von Schismatikern, sondern dass man ganz einfach nun im Konzil feststellen muss, dass ein neuer Wind weht. Es hat keinen Sinn, dass wir Befürchtungen äussern, die möglicherweise in andern Ländern oder vor 100 Jahren irgendwie begründet waren, sondern wir müssen uns auf den heutigen Standpunkt stellen. - Nun die Praxis der Mischehe: was will man denn da eigentlich von uns? Sie wissen, dass auch in der Beziehung gerade von Schweizer Bischöfen sehr weitgehende Forderungen gestellt worden sind, und wir haben den Eindruck, dass sie auch weitgehend berücksichtigt werden. Aber man wird doch nicht einfach von uns verlangen können, dass wir sagen, die Mischehe ist etwas sehr Empfehlenswertes; das machen auch die Reformierten nicht. Wir müssen hier einen Weg suchen, um hier miteinander eine Lösung zu finden, die weder für Katholiken noch Protestanten unzumutbar ist. Und man ist daran, eine solche Lösung zu suchen. - Man tut gelegentlich so, als hätten wir Katholiken und als hätten sich die Jesuiten überhaupt nicht gekümmert um diesen Art. 51 BV. Das ist keineswegs richtig. Natürlich spüren die Reformierten die Auswirkungen nicht. Darum meinen sie, es gebe gar keine solchen. Aber es ist doch so, dass bis heute nirgends in der Schweiz die Jesuiten eine Schule eröffnet haben, was heute ihre ureigene Aufgabe ist. Wir haben auch nirgends in der ganzen Schweiz einen Jesuiten, der ein Pfarramt bekleidet. Es gibt keine ordenseigene Pfarreien und keine ordenseigene Kirchen. Die Jesuitenkirchen in Luzern und in Solothurn gehören nicht den Jesuiten. Also man hat sich hier daran gehalten. Man soll aber nichts Unmögliches verlangen, man soll beispielsweise nicht, wie man das getan hat, einem Jesuiten, der im Kanton Zürich aufgewachsen ist und der unmittelbar vor der Abreise in die Mission steht, verbieten wollen, in seiner Heimatkirche die Messe zu lesen. Das sind unmögliche Forderungen. Unser Art. 51 lässt sich nur dann einigermassen vernünftig berücksichtigen, wenn man nicht stur daraus nun Dinge ableitet, die man vernünftigerweise nicht vertreten kann".

Es tönt sehr sanft-versöhnlich, was Dr. Theobaldi hier vorbringt, doch müssen wir ihm leider einige harte Tatsachen in Erinnerung rufen, welche seine Ausführungen in einem andern Licht erscheinen lassen. Wir geben erstens ohne weiteres zu, dass am Konzil mehrheitlich ein neuer Geist wehte, aber der Papst hat eigenmächtig dessen Beschlüsse in einer für die Protestanten unannehmbaren und verletzenden Weise verschlechtert, nämlich im Dekret über den Oekumenismus, wo er ihnen vorwirft, sie riefen vergeblich den Hl. Geist an, womit er einen Kernpunkt der Reformation berührt in einer Weise, wie dies seit vielen Jahrzehnten nicht mehr in katholischen Schriften der Fall war. Es ist deshalb zwecklos, sich auf die Toleranz des Konzils zu berufen, nachdem erwiesen ist, dass es gegen die Eigenmächtigkeit und Diktatur des Papstes doch nichts unternehmen kann und will, das heisst nach wie vor alles von diesem abhängt. Das ist die wirkliche, heutige Situation, die kein Jota besser geworden ist als früher, trotz der andersgesinnten Mehrheit des Konzils.

Bezüglich der Mischehenpraxis mit ihrer ständigen Einmischung in das Elternrecht des reformierten Ehegatten verweist Dr. Theobaldi zweitens auf die Versuche, eine Lösung zu finden. Diese sind schon lange anhängig, sind bis jetzt jedoch stets deshalb versandet, weil der kathol. Gesprächspartner sich immer wieder am Schluss auf den Papst berief, der das letzte Wort habe. Damit bleibt heute alles in der Schwebe, und kein Mensch vermag die Entwicklung vorauszusagen. Auch das ist eine harte, aber unbestreitbare Tatsache, von der auszugehen ist.

Richtig ist drittens, dass von der Schweiz aus gegen den Jesuitenpater P. Cavalli katholischerseits polemisiert wurde (der sich aber dadurch nicht abschrecken liess und bis heute bei seiner 1948 erstmals verkündeten Behauptung, die Verfolgung von Protestanten sei gerechtfertigt, geblieben ist). Dass Dr. Theobaldi plötzlich so grosses Gewicht auf die unterschiedliche Nationalität der Jesuiten legt, ist wohl nicht ernst zu nehmen; die kategorische Gehorsamspflicht aller Jesuiten gegenüber ihrem General besteht heute noch wie früher, und dieser ist kein Schweizer. Es besteht keinerlei Garantie dafür, dass Leute mit der Gesinnung von P. Cavalli, die von ihren Oberen nie zurückgepfiffen wurden, nicht auch in der Schweiz tätig werden können, wenn es dem General so passt. Umsoweniger, als auch Jesuiten deutscher Zunge noch kürzlich die Angriffe auf die Protestanten in schärfster Form wiederholten, so der deutsche Jesuitenpater Rieter. Die Bundesverfassung kann natürlich keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Nationalitäten der Jesuiten machen. Die heutige Lage scheint die zu sein, dass im Orden verschiedenartige Strömungen herrschen, von denen nicht feststeht, welche einst den Sieg davontragen wird, besonders unter veränderten politischen Verhältnissen. Auch davon ist auszugehen.

Nicht den Tatsachen entspricht die Behauptung von Dr. Theobaldi, die Jesuiten hätten sich an die Vorschrift der Bundesverfassung gehalten. Abgesehen von gelegentlichen Zuwiderhandlungen durch Abhaltung von Gottesdiensten in den Kirchen, die Dr. Theobaldi ja selbst zu entschuldigen versucht, sind auch Fälle jahrzehntelanger, gravierender Verletzung der Bundesverfassung bekannt. Ich erinnere zum Beispiel an den 1961 in Bern verstorbenen Jesuitenpater Walter Amberg, der während vollen 20 Jahren offizieller Pfarrer der St. Bonifazius-Kirche in Genf gewesen ist. Während dieser langen Zeit hat er jeden Morgen neu die Bundesverfassung verletzt, was nur bewusst geschehen sein kann. Auch Dr. Theobaldi wird nicht bestreiten können, dass dies im Einverständnis des Ordens der Jesuiten geschehen ist. Es ist kein anderer Fall bekannt, dass ein Bürger in der Schweiz eine klare Vorschrift der Bundesverfassung so flagrant und dauernd gebrochen hat. Es versteht sich deshalb, dass in der Schweiz die Ueberzeugung weit verbreitet ist, die Jesuiten halten sich noch immer nicht an unsere Gesetze, nicht ein-

werden, alle drei Beteiligten, Staat, Protestantismus und Katholizismus besser zu stellen. Allerdings müsste er wirksam und spezialisiert ausgestaltet werden, und Verletzungen strafbar sein. Es müsste darin enthalten sein, dass "jede staatlich anerkannte Kirche die Amtshandlungen der anderen auf dem Gebiet von Familie und Ehe anerkennt. Teilnehmern an solchen dürfen keinerlei Nachteile erwachsen. Zuwiderhandlungen sind strafbar."

Im Grunde handelt es sich um eine Selbstverständlichkeit, und wir kennen Katholiken, die einer solchen Bestimmung sogleich und vorbehaltlos zustimmen würden. Nicht nur wäre dadurch jeder Schein einer diskriminierenden Behandlung der Katholiken vermieden, sondern sie bekämen auch ein Alibi gegenüber Rom, um gewisse intolerante Bestimmungen des kathol. Kirchenrechts gegenüber Protestanten nicht mehr ausüben zu müssen, die ihnen schon lange auf dem Magen liegen. Der Staat könnte den konfessionellen Frieden viel wirksamer schützen, zwischen den Konfessionen würden nicht alle, aber die schlimmsten Reibungsflächen verschwinden, und ein fruchtbarer Dialog würde möglich, die Sicherheit gegen die ständigen Uebergriffe von Fanatikern würde viel grösser. Es würde eine Basis für echt ökumenische Haltung geschaffen, da das berechtigte protestantische Sicherheitsbedürfnis sehr gestärkt würde. Unter diesen Umständen wäre es eine Kleinigkeit, den Jesuitenartikel zu beseitigen.

Eine Illusion ? Wenn der Katholizismus fortzufahren wünschte, Amtshandlungen der reformierten Landeskirche weiterhin als null und nichtig zu betrachten, dann wäre allerdings der Beweis für seine Intoleranz und seine Ablehnung jeder ökumenischen Haltung klar am Tage. Dann wäre es aber besser auch für ihn, es auf einen Abstimmungskampf nicht ankommen zu lassen, und stillschweigend auf jede Aenderung des Bisherigen zu verzichten.

VERZICHT AUF DIE WELTREVOLUTION ?
I.

FH. Bekanntlich gehört es zu den Grundaxionen des Kommunismus, einer dialektisch - materialistischen Weltanschauung, sowohl in seiner leninistischen oder stalinistischen oder neo-leninistischen Form, dass die Welt eines Tages zur Gänze von ihm ergriffen und beherrscht würde, und zwar durch eine allgemeine, eine Weltrevolution. Von Land zu Land werde sich eine solche ausbreiten wie ein einziges Feuermeer, bis Sichel und Hammer auf allen Fahnenmasten wehten. Wie so manche andere Weltanschauung weist auch der Kommunsimus Züge einer pseudo-wissenschafltichen Utopie und Eschatologie auf. Er will eine Heilsbotschaft zur Rettung der Menschen aus Not und Knechtschaft bringen, erfüllt von einem fanatischen Sendungsbewusstsein. In einer Sendung des südwestdeutschen Rundfunks wurde aber der Nachweis zu erbringen versucht, dass die kommunistische Weltrevolution heute gar nicht mehr möglich sei, ja, dass führende Intellektuelle des Kommunismus bereits auf sie verzichtet hätten.

Allerdings nicht offiziell. Es sind bald 50 Jahre seit der russischen Oktoberrevolution vergangen, und auch beim Kommunismus ist das eingetreten, was bei solchen Weltanschauungs-Bewegungen immer etwa eintritt: er hat sich verinstitutionalisiert, ist zu einer festen Institution geworden, mit all ihren Gefahren, besonders jener der Verhärtung. Zu dieser gehört es, - darüber herrscht Uebereinstimmung - dass ihre Vertreter eisern an der für unfehlbar erklärten Ideologie, hier des Marxismus, festhalten. Mit Recht wurde in der Sendung darauf hingewiesen, dass nur im äussersten Fall die unwandelbaren Dogmen durch neue Interpretation etwas abgeschwächt werden können. Es wird deshalb etwa bei offiziellen Anlässen auch die kommende Weltrevolution erwähnt und man lässt sie hoch leben, wenn auch mit etwas weniger Emphase als früher. Aber von einem Verzicht offizieller Art ist nicht die Rede. Wir sind nicht unbedingt der Auffassung, dass sie endgültig erledigt sei. Die Frage ist wichtig, denn die ganze Einstellung des Westens sowohl seiner Völker als seiner Regierungen wird zum guten Teil von der Furcht bestimmt, dass eines Tages sich der Kommunismus weiter ausbreiten könnte und die Möglichkeit, nach der eigenen Art und Weise zu leben und zu sterben, dahinfiele. Wenn auch nicht mehr die Rede davon ist, einen "Sanitätsgürtel" um die kommunistischen Gebiete zu legen, so suchen doch die führenden Nationen des Westens ein Uebergreifen des Kommunismus auf andere Länder zu verhindern, selbst mit Gewalt. Vietnam ist nur ein Beispiel dafür. Wäre es sicher, dass kommunistische Kreise die Unmöglichkeit der Weltrevolution für immer erkannt hätten, könnte der Westen eine ganz andere Politik betreiben. Es wäre ein tiefgreifender, epochemachender Wandel; manches Problem liesse sich leicht und schnell lösen, das tödliche Misstrauen fiele dahin. Es lohnt sich wohl, die Frage zu überdenken.

Sicher ist, dass der Zahn der Zeit auch am Kommunismus nicht spurlos vorübergegangen ist. Die unsere ganze Zeit beherrschende Dynamik konnte eine Gesellschaft und Kultur, die kaum ein halbes Jahrhundert alt ist, nicht unverändert lassen, wie die Sendung zutreffend ausführt. Hier ist in erster Linie der Wandel des Kommunismus aus einer dynamischen Bewegung zu einer dauernden Institution zu rechnen. Max Weber hat einmal hervorgehoben, dass gerade beim Glaubenskampf besonders rasch der traditionelle Alltag auf die emotionale Revolution folgt. Der Kommunismus ist tatsächlich ein Schulbeispiel dafür, wie eine dynamische Bewegung, selbst grosser Massen, die der Menschheit ernstlich ein nie geahntes Mass von Freiheit sichern wollte, Schritt für Schritt zu einem System von Institutionen gerinnt, die "in einem selten gesehenen Ausmass" der Macht, dem Zwang, der Gewalt dienen. Es kommt dann soweit, dass dieses institutionalisierte System des Kommunismus sogar ausgesprochen konter-revolutionäre Züge aufweist. Zwar sucht es sich manchmal dagegen zu wehren, es betont, dass es eine "dauernde Revolution" darstelle, wenigstens im technischen, industriellen und ökonomischen Bereich. Aber selbst eine erneuerte Bewegung, zum Beispiel durch Hinzutritt neuer Staaten ausgelöst, kann nicht verhindern, dass sich schon bald eine unpolitische Konsumenten-und Produzentenhaltung mit entsprechender Machtbefestigung durchzusetzen beginnt. Der alte Proletarier-Grundatz "Zuerst kommt das Fressen, und dann die Moral", zuerst die Stillung des leiblichen Hungers vor der Ideologie, beginnt sich dann als Bumerang gegen die materialistische Bewegung selbst zu richten. Als besonders versteifend tritt dabei das Bedürfnis, ja der ausgesprochene Drang, nach materieller Sicherheit auf. Auch der leidenschaftlichste Kommunist liebt es nicht, Jahr für Jahr nur von einem Tag auf den anderen, von der Hand in den Mund, leben zu können. Im Ganzen verläuft aber diese Entwicklung nicht sprungweise, sondern schleichend oder in Etappen, die sich nicht leicht auseinanderhalten lassen.

Nicht mit Unrecht hat die Sendung darauf hingewiesen, dass neben dem Zeitablauf auch die räumliche Ausbreitung bei der Wandlung des Kommunismus zu berücksichtigen ist. In der Epoche, zwischen dem Ende des 1. und dem Beginn des zweiten Weltkrieges vermochten die Bolschewiki ihre Herrschaft nicht einmal bis zu den Grenzen des alten Zarenreichs auszudehnen. Die Landmasse, über der Hammer und Sichel wehten, reichte von den Popjet-Sümpfen bis Wladiwostok. Sie machte ungefähr 1/5 der Erdoberfläche aus, besiedelt von etwa 10% der Weltbevölkerung. Heute herrscht der Kommunismus über ein Gebiet, das von der Elbe bis zum südchinesischen Meer reicht, ca. 1/4 der Erdoberfläche mit weit über einem Drittel der Weltbevölkerung. Aber nur etwa ein Drittel der Weltproduktion entfällt auf die kommunistischen Länder, auch wenn Cuba und Sansibar, die nicht hinter dem eisernen Vorhang liegen, hinzugezählt werden.

Also doch: der Kommunismus ist auf dem Vormarsch, wird sich jeder denken. Aber demgegenüber ist es richtig, wenn die Sendung darauf hinwies, dass sich die Bewegung in dem gleichen Masse, wie sie in die Breite und Tiefe gewachsen ist, auch zusehends differenzierte. Wenn man sich noch 1957 der internationalen Geschlossenheit des kommunistischen "Blockes" rühmte, so ist heute von dieser monolithischen Einheit wenig mehr übrig geblieben. Auch in dieser Hinsicht ist der Kommunismus dem Entwicklungsgesetz der politisch-sozialen Massenbewegungen gefolgt. Gewiss hat der totalitäre, brutale Terror Stalins den Prozess aufschieben können, aber er konnte ihn auf die Dauer nicht aufheben. Sie Sendung glaubt, dass Polyzentrismus und

Belmondo(rechts) in dem Unterhaltungs-Filmchen "Die Jagd nach dem Mann"

Pluralismus aus der kommunistischen Welt nicht mehr wegzudenken seien. Selbst wenn man alle kommunistischen Bewegungen als totalitäre Parteidiktaturen über einen Kamm scheren wolle, könne man die Differenzierung nicht mehr ganz leugnen.

Das ist in tatsächlicher Beziehung gewiss richtig; die Zentralisierung aller wichtiger Kommandohebel in Moskau hat sich als unmöglich erwiesen. Aber es ist doch so, dass deswegen der Zentralismus keineswegs abgesägt worden ist. Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, hat Moskau einem gewissen Partikularismus der Satelliten geduldet, da es schliesslich keinen Krieg mit ihnen geginnen konnte. Aber es besteht kein Zweifel, dass es bei jeder Gelegenheit versucht, die "monolithische" Geschlossenheit" des Kommunismus wiederherzustellen. Auch China verteidigt bekanntlich diesen Grundsatz der Zentralisierung bis ins Extrem. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es bei günstigen Gelegenheiten Gewalt brauchen wird, um ein Ausbrechen seiner Satelliten zu verhindern, was übrigens auch für Russland gilt. Ungarn war ein Schulbeispiel dafür. Sollte sich die Lage im Westen ändern, der Westen in sich selbst uneins werden, so würde dies automatisch eine Stärkung von Moskau und Peking auch gegenüber ihren Satelliten zur Folge haben. Man wird deshalb kaum sagen können, die Weltrevolution sei unmöglich infolge des gegenwärtig herrschenden Pluralismus. Es wird ganz von der Haltung des Westens abhängen, ob es Moskau resp. Peking nicht gelingt, die übrigen kommunistischen Staaten wieder entscheidend in den Griff zu bekommen. - Ueber die Auswirkungen des Verhältnisses zwischen Moskau und Pekings werden wir noch zu sprechen kommen.

Allerdings ist es gewiss ein wichtiges Symptom für eine gewisse Auflösung des Blocks, dass jene Einrichtungen, welche die Geschlossenheit und Einheit im Weltkommunismus garantieren sollten, längst nicht mehr existieren. Die kommunistische Internationale, der alle kommunistischen Parteien angeschlossen waren, und die als Weltpartei gedacht war, ist 1943 sogar offiziell begraben worden, nachdem sie schon jahrelang nur noch einem lebenden Leichnam geglichen hat. Die Kominform war sogar ihrer Anlage nach stets nur eine Regionalorganisation. Ebensowenig hat aber die UdSSR je ihr Ziel erreicht, die kommunistisch geführten Staaten in einer einzigen Weltorganisation zusammenzufassen. Dabei war von vornherein klar, dass die UdSSR, wie schon ihr Name verdeutlicht, keineswegs ein auf das alte Zarenreich beschränktes Gemeinwesen darstellen sollte, Sie sollte vielmehr eine Welt-Sowjetrepublik sein, eben eine "Union der sozialistischen Sowjet-Republiken", der alle sozialistischen Staaten, nach ihrer Konstituierung beitreten würden. Auch das ist richtig. Diese Idee wurde dann erstmals mit der Entstehung neuer kommunistischer Staaten nach 1945 auf die Probe gestellt. Es wäre zu erwarten gewesen, dass nun sowohl die europäischen wie auch die asiatischen Volksdemokratien mindestens zu dem Zeitpunkt, da sie das Stadium des "sozialistischen Aufbaus" erreicht hatten, der UdSSR als sozialistische Sowjetrepubliken beigetreten wären. Dass das niemals in Angriff genommen wurde, selbst nicht unter Stalin, hätte wirklich schon damals als Symptom mangelnder Integrationsbereitschaft angesehen werden müssen. Inzwischen ist allerdings offenkundig geworden, dass weder die neuen kommunistischen Staaten noch aber auch nur die Sowjetunion an eine bundesstaatliche Integration aller kommunistischer Staaten denken - jedenfalls nicht in absehbarer Zeit. Ob aber der Zusammenschluss der Werktätigen aller Länder zu einem Welt-Bundesstaat immer unwahrscheinlicher werde, wie die Sendung behauptete, scheint fraglich. Niemand weiss mit Sicherheit, ob der Verzicht im Kreml wirklich aus grundsätzlichen Erwägungen oder nur infolge der herrschenden politischen Lage ausgesprochen wurde. Gegen eine gewaltsame Einverleibung wären die Satelliten jedenfalls dann hilflos, wenn der Westen uneins ware.

(Fortsetzung folgt)

Von Frau zu Frau

Poupée

EB. Es wurde gemunkelt, dass anderthalb Millionen Menschen den Ausscheidungs-"Kampf" des internationalen Chansons-Wettbewerbs mit ansahen und anhörten. Anderthalb Millionen Menschen versprachen sich einen unbeschwerten, vergnügten Abend. Welche Verantwortung für die sendenden Menschen, die sichtbaren und die unsichtbaren ! Und wie enttäuschend die Realisierung in mancher Hinsicht !

Man braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen, ob die leichte Muse "zweitrangig" an sich sei. Sie hat ihre Berechtigung, ohne Zweifel. Aber die Ausdrücke "unbeschwert", "vergnügt", "leicht" scheinen zu dieser Muse nicht mehr zu passen. Es dünkt micht, es müsse ihr recht elend zumute sein, wenn sie zuhören muss, was man in ihrem Namen dichtet und komponiert. Welch sirupiges, schmachtendes Elend, welche Pseudo-Problematik tut sich da breit! Und schaut Euch einmal diese faden Trübel an, die uns ihre Seelenschmerzen glauben machen wollen. Sie sind offenbar der Ansicht, man brauche nur die Nackenhaare wachsen, den zu leicht befundenen Kopf auf den Schultern wackeln und ein paar Runzeln übers unbeschriebene Gesicht laufen zu lassen, so sei der Meister fertig. Einer macht es dem andern nach, weil keiner eine eigene Persönlichkeit ist.

Nicht nur die Interpreten sind Imitatoren, auch die Komponisten sind es. Hatte letztes Jahr Gigliola Cinquetti mit einem im Rahmen der übrigen originellen Liedchen, Erfolg, gleich setzen sich ein paar hin und versuchen ihn nachzuahmen. Dies kam besonders auch bei den nationalen Austragungen zum Ausdruck. Welch' sinnloses Unterfangen! Den Hauch der Unverdorbenheit, der scheuen Mädchenhaftigkeit einer 16-18 Jährigen bringt eine ältere Chansonnière nicht mit sich. Das Echte lässt sich nicht nachahmen.

Und das Echte lässt sich schon gar nicht nachahmen, wenn das Vor bild Edith Piaf ist. Es genügt nicht, in ähnlichem Stil vor anderthalb Millionen "Non, non" - zugegeben mit aller Ausdruckskraft der Seele - zu singen. In beinah peinlichem Sinne fühlt man sich an das "Non, non, je ne regrette rien" einer Edith Piaf erinnert und empfindet das Lied als Entgleisung. Schade. Es soll nachträglich ein Streit um die unzuträgliche Beleuchtung der Sängerin entbrannt sein, aber auch das hätte nichts geändert.

Und so fiel denn wieder einem ganz jungen Mädchen, France Gall der Lorbeer in den Schoss. Trotzdem weder das Lied noch die Interpretation den letztjährigen Erfolg nachahmten, bekam wiederum das Unprätenziöse die Oberhand. Ob das Liedchen mit seinem eigenartig vorwärtsdrängenden Rhythmus in einem anderen Rahmen ebenfalls die Siegespalme errungen hätte, bleibe dahingestellt. Dass mir die "Poupée" den ganzen Tag in den Ohren liegt, spricht auf jeden Fall für ihre eingängige Melodie, dass ich dabei recht fröhlich bin, spricht für das Unbeschwerte.

Mich nähme wunder, wie alt im Durchschnitt die Juroren sind. Mich nähme auch wunder, wer denn eigentlich "Konsument" all der vielen schmachtenden Chansons ist. Sie müssen doch Abnehmer finden, sonst würden sie nicht in so hohem Masse das Feld beherrschen. Sind unsere Jungen so unerlöst, dass sie das nötig haben? Und kehrt erst die Reife zurück zum Unbeschwerten, zum Leichten ohne schlechten Nebengeschmack ?

Sei dem, wie ihm sei: Die Nachahmer werden nicht aussterben. Nächstes Jahr wird man uns lauter "Poupées" vorsetzen. Vielleicht wird dann schluchzende Sentimentalität als originell empfunden. Wer weiss. Eines bleibt sich hoffentlich gleich: der ausgezeichnete, leicht ironische Kommentator hinter den Kulissen!

AUS DEM INHALT

	Seite
BLICK AUF DIE LEINWAND	2,3,4
Noblesse oblige	
(Kind hearts and coronets)	
(Adel verpflichtet)	
Hochzeit auf italienisch	
(Matrimonio all'Italiana)	
Schlüssel nach Caracas	
(L'aîné des ferchaux)	
Die Jagd nach dem Mann	
(La chasse à l'homme)	
Come back Africa	
Wohin die Liebe führt	
(Whre love has gone)	
Die Stunde der Wölfe	
(Le repas des fauves)	
FILM UND LEBEN	5
Festival der Kurzfilme in Oberhausen (Schluss)	
RADIO-STUNDE	6,7,8,9
FERNSEH-STUNDE	9,10,11
DER STANDORT	12,13
Rundspruch-Diskussion in England	
Schweiz. Verband zur Förderung der Filmkultur	
Schweiz. Dachverband der Urheberrechtsnutzer	
Arbeitsgemeinschaft Jugend und Film	
Interfilm	
Rich. Schweizer†	
Aufsplitterung Europas im Farbfernsehen?	
DIE WELT IM RADIO	14,15
Unbefriedigende Diskussion über die Aufhebung des Jesuitenartikels am Radio Beromünster (Schluss)	
Verzicht auf die Weltrevolution?	

A.Z. 3177 LAUPEN

Herausgegeben vom Zentralsekretariat SPFRV, 8048 Zürich, Badenerstr. 654. Telefon 051 62 11 89. Chefredaktion: Dr. F. Hochstraßer.
Programmteil: Pfr. W. Künzi, Bern.
Abonnementsbetrag: Jährlich Fr. 12.–, halbjährlich Fr. 6.25, vierteljährlich Fr. 3.25, Einzelnummer 50 Rp. Postscheckkonto 30 – 519.
Administration und Expedition: «Film und Radio», 3177 Laupen BE. Tel. 031 69 73 44. – *Druck:* Polygraphische Gesellschaft Laupen BE.
«Film und Radio» erscheint vierzehntägig.
Inseratenannahme: «Film und Radio», 8048 Zürich, Badenerstraße 654. *Insertionspreis:* Die 70 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 65 Rp.